

ARBEIT. LEBEN. GERECHTIGKEIT.



**Faire Arbeit
Jetzt!**

**Beschluss des
21. Ordentlichen
Gewerkschaftstages
der IG BAU (September
2013)**

Auf dem Arbeitsmarkt ist einiges nicht in Ordnung. Das merken gerade auch die Beschäftigten in den Branchen der IG BAU. Bereits die aktuellen Zahlen der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ über Mindestlohnverstöße, die von vielen Bezirksverbänden sehr erfolgreich in die Öffentlichkeit gebracht wurden, sprechen für sich. Dazu kommt: Viele Gesetzesverstöße fallen gar nicht erst auf, weil die Kontrollen unzureichend sind. Und oft sind die Gesetze selbst das Problem: Wenn sie Scheinselbständigkeit, Scheinwerkverträge, Leiharbeit, Befristungen oder Minijobs massiv ansteigen lassen. Wenn sie zulassen, dass Beschäftigte aus unterschiedlichen Ländern über Dumpingkonkurrenz gegeneinander ausgespielt werden. Wenn sie die Angst vor Arbeitslosigkeit verstärken und Erwerbslose zwingen, auch Jobs zu Minilöhnen anzunehmen.

Das alles lässt oft auch die Bedingungen für diejenigen Beschäftigten unter Druck geraten, die noch reguläre Arbeitsverhältnisse haben und zu fairen Bedingungen arbeiten. Wir in der IG BAU machen uns stark für Arbeit, Leben und Gerechtigkeit. Deswegen engagieren wir uns für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, für Faire Arbeit: Weil heute oft die Würde der Arbeit verlorengegangen ist. Weil das Leben zu kurz kommt, wenn die Bezahlung nicht fair ist oder der Druck am Arbeitsplatz zu groß wird. Weil es nicht gerecht ist, wenn die Beschäftigten – die wirklichen Leistungsträger – nicht anständig behandelt werden.

Wir setzen uns für Faire Arbeit auf zwei Ebenen ein: Einerseits unterstützen und ermutigen wir Beschäftigte im Betrieb, die ihre Rechte sichern oder sich für Fairness einsetzen wollen. Andererseits machen wir uns gegenüber der Politik für bessere Rahmenbedingungen stark. Unsere Kernforderungen sind:

- Bestehende Regeln für Faire Arbeit müssen konsequenter durchgesetzt werden. Dafür muss die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ personell aufgestockt werden. Sie muss weiterentwickelt werden zu einer wirklichen bundesweit organisierten Arbeitsmarktsinspektion, in der die wichtigsten Kompetenzen gebündelt werden. Die Sanktionsmöglichkeiten müssen verbessert werden. Notwendig ist eine obligatorische, fälschungssichere Erfassung von Arbeitszeiten an allen Arbeitsplätzen. Örtliche bzw. branchenspezifische „Bündnisse für Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ können ergänzend dazu beitragen, dass „schwarze Schafe“ unter den Arbeitgebern schneller identifiziert werden. Deswegen muss die Weiterentwicklung bestehender bzw. die Gründung neuer Bündnisse staatlich gefördert werden. Zu prüfen ist zudem, welche weiteren Handlungsspielräume für die Tarifvertragsparteien bestehen, etwa durch die Bildung einer eigenen Einrichtung zur Kontrolle der allgemeinverbindlichen Tarifbedingungen.
- Auf EU-Ebene muss der Rahmen so gestaltet werden, dass Beschäftigte aus unterschiedlichen Ländern nicht mehr über eine Dumpingkonkurrenz gegeneinander ausgespielt werden können. Hierzu gehört in einem ersten Schritt, dass die Verschlechterungen der Kontrollmöglichkeiten, die mit der geplanten EU-Durchsetzungsrichtlinie verbunden wären, und ein Herkunftslandprinzip durch die Hintertür verhindert werden. Beratungsstellen für Beschäftigte aus anderen Staaten, die

ihre Rechte einfordern, müssen als gesellschaftliche Aufgabe weiter und vermehrt staatlich unterstützt werden. Gleichgültig, woher Beschäftigte und ihre Arbeitgeber kommen, und in welcher Form ihr grenzüberschreitender Einsatz erfolgt, muss für sie immer die Grundregel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort“ gelten, sofern dies für die Beschäftigten nicht ungünstiger ist. Wir weisen jeden Versuch zurück, innerhalb hiesiger Betriebe den Fach- und Führungskräften aus Nicht-EU-Ländern nur noch einen Anspruch auf den Mindestlohn für Ungelernte zuzugestehen.

- Unfaire Beschäftigungsverhältnisse müssen zurückgedrängt werden – auch weil durch sie die Arbeitsbedingungen derjenigen unter Druck gesetzt werden, die noch reguläre Beschäftigungsverhältnisse haben.
 - Scheinselbständigkeit muss bekämpft werden. Hierzu sind die gesetzlichen Kriterien dafür, wann Scheinselbständigkeit vorliegt, zu präzisieren und kontrollierbarer zu machen. Eine Orientierung kann dabei die bis zum Jahr 2004 gültige Regelung sein. Zudem müssen grundsätzlich alle Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Außerdem müssen die zuständigen Behörden bereits vor Eintragung einer Gewerbeanmeldung prüfen, ob es sich dabei nicht um eine Scheinselbständigkeit handelt.
 - Die Möglichkeit sachgrundloser Befristungen muss abgeschafft werden. Die Sachgrundbefristungen müssen neu geregelt werden, insbesondere mit dem Ziel, Kettenbefristungen zu verhindern.
 - Minijobs müssen zu gleichwertigen „kleinen“ Arbeitsverhältnissen gemacht werden. Dabei ist vorzusehen, dass bei sehr niedrigen Monatseinkommen die Sozialversicherungsbeiträge vollständig vom Arbeitgeber übernommen werden und der Arbeitnehmeranteil mit steigendem Einkommen bis auf 50 % der Beiträge anwächst („Gleitzonenmodell“). Auch der Missbrauch von Minijobanmeldungen zur Tarnung von Schwarzarbeit muss bekämpft werden.
 - Ausbeuterische Leiharbeit muss beendet werden. Die Einschränkungen für Leiharbeit im Baugewerbe dürfen nicht aufgeweicht werden.
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und bei öffentlich geförderten Vorhaben muss stärker dafür gesorgt werden, dass Regeln für Faire Arbeit eingehalten werden. Hierzu gehört, dass auf europäischer Ebene, für den Bund sowie für alle Länder und Kommunen wirksame Vergaberichtlinien bzw. -gesetze geschaffen werden, nach denen soziale Kriterien zwingend zu berücksichtigen sind. Ihre Einhaltung muss kontrolliert werden. Dabei ist nach Möglichkeiten zu suchen, wie echte Tariftreue und nicht nur die Einhaltung von Mindestlohnbestimmungen als Kriterium berücksichtigt werden kann. Zudem sollte die Gewährung öffentlicher Subventionen daran geknüpft werden, dass bei der Umsetzung der geförderten Vorhaben tarifliche bzw. ortsübliche Bedingungen eingehalten werden.

- Das Tarifvertragssystem ist ein wichtiger Garant für Faire Arbeit und darf daher nicht weiter geschwächt, sondern muss gestärkt werden. Dafür ist unter anderem die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung zu erleichtern und die Option für alle Branchen zu schaffen, ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen zu werden. Als absolute Untergrenze muss ein bundesweiter gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von zunächst 8,50 Euro pro Stunde eingeführt werden. Zudem dürfen für Arbeitslose nur noch Arbeitsplätze zumutbar sein, die tariflich bzw. ortsüblich entlohnt werden. Dasselbe muss Voraussetzung werden für eine öffentliche Förderung von Arbeitsplätzen. Das Unterlaufen von tariflichen Regelungen unter anderem durch Scheinwerkverträge muss gestoppt werden.
- Die Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten müssen gestärkt werden, insbesondere in kleinen Betrieben. Betriebsräte sind ein wichtiger Faktor dafür, dass in einem Betrieb Arbeitnehmerrechte eingehalten werden. Die Rechte von Betriebsräten müssen daher ausgeweitet und ihre Gründung erleichtert werden. Arbeitnehmer in Kleinbetrieben – in denen in aller Regel kein Betriebsrat existiert – sind bezüglich Mitbestimmungsmöglichkeiten gegenüber Arbeitnehmern in größeren Betrieben benachteiligt. Dies gilt für etliche weitere Arbeitnehmerrechte, insbesondere den Kündigungsschutz und Sozialpläne. Diese Schlechterstellungen müssen ausgeglichen und damit die Benachteiligungen von Arbeitnehmern in Kleinbetrieben abgebaut werden. Wir weisen zugleich jeden Versuch zurück, über die europäische Ebene den Arbeitsschutz und andere Rechte der Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen zu verschlechtern.

Wir in der IG BAU werden Forderungen zur Fairen Arbeit gemeinsam konkretisieren und weiterentwickeln. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, dafür Druck auf die Politik zu machen. Anlässe haben wir genug: So gilt es, die Interessen der Beschäftigten in den IG BAU-Branchen gegenüber den wahlkämpfenden Parteien und Abgeordneten kandidaten, später auch gegenüber der neuen Bundesregierung deutlich zu machen. Auch die Wahl zum Europaparlament im Jahr 2014 ist ein Anlass, unsere Anliegen in die öffentliche Diskussion zu bringen. Nicht zuletzt können verstärkt auch die Länder und die kommunale Ebene Ansprechpartner sein. Gelegenheiten, um politisch Druck zu machen und unsere Interessen durchzusetzen, gibt es genug: Wann, wenn nicht jetzt!

Begründung:

Um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, setzt sich die IG BAU auch dafür ein, die politisch entschiedenen Rahmenbedingungen im Sinne der Beschäftigten zu verändern. Ein Leitbild hierfür sind die vorgelegten Vorschläge zur Fairen Arbeit. In den letzten Jahren sind verstärkt die negativen Auswirkungen deutlich geworden, die schlechte Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt haben. Die Alltagserfahrungen der Beschäftigten in den Betrieben, Objekten und Baustellen bestätigen, dass es eine neue Ordnung und mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt braucht. Auch in der Politik scheint die Einsicht gewachsen zu sein, dass hier Reformen im Sinne der Beschäftigten notwendig sind. Das zeigen nicht zuletzt die aktuell vorliegenden Wahlprogramme der

politischen Parteien. Ein solcher Wandel in der politischen Meinung und in der öffentlichen Diskussion ist nicht zuletzt auch ein Erfolg gewerkschaftlicher Aktivitäten.

Wir in der IG BAU ergreifen in dieser Situation das Wort für die Beschäftigten in den Branchen Bauen, Agrar und Umwelt. Denn in diesen Branchen gibt es Besonderheiten, die sich in unseren Schwerpunktforderungen „Faire Arbeit“ ausdrücken. Ein wichtiges Beispiel: Die IG BAU war die erste Gewerkschaft, die Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und damit einen ersten Schritt zur Eindämmung des internationalen Lohndumpingwettkampfs durchgesetzt hat. Vor dem Hintergrund unserer langjährigen Erfahrung mit Mindestlöhnen haben wir besondere Forderungen, die die Durchsetzung und Kontrolle betreffen – und die gleichzeitig wichtig sind, wenn ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird.

Eine Orientierung am Leitbild „Faire Arbeit“ bedeutet für die Arbeit der IG BAU zwei Chancen. Erstens können so politische Forderungen und Initiativen zusammengefasst werden, für die wir in der IG BAU uns schon in der Vergangenheit an unterschiedlichen Stellen engagiert haben: Wir waren in vielen Fällen erfolgreich, unsere Forderungen in den DGB zu tragen und dort zu verankern – zum Beispiel mit unserem Reformvorschlag für das Gleitzonenmodell im Minijob-Bereich, für die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen oder unserer Position zu Scheinselbständigkeit. Wir haben dafür gesorgt, dass Medien, Politik und andere Einzelgewerkschaften für die Gefahren der geplanten EU-Durchsetzungsrichtlinie sensibilisiert wurden. IG BAU-Kollegen vor Ort und in den Regionen engagieren sich für faire Vergabe und in bestehenden Bündnissen für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Mit dem 2004 gegründeten Europäischen Verband der Wanderarbeiter (EVW) wurde auf unsere Initiative frühzeitig ein Angebot für Arbeitnehmer aus anderen Ländern geschaffen, die unter anderem Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte benötigen. Gemeinsam mit dem DGB haben wir das Beratungsprojekt für entsandte Arbeitnehmer „Faire Mobilität“ entwickelt und eine staatliche Förderung durchgesetzt.

Zweitens kann mit einer Orientierung an diesem Leitbild die politische Arbeit mit der betrieblichen verknüpft werden, wenn die Aktivitäten der beiden Ebenen gut aufeinander abgestimmt sind: Zum einen können betriebliche bzw. örtliche Möglichkeiten genutzt werden, um konkrete Verbesserungen durchzusetzen – zum Beispiel durch Information und Unterstützung von prekär Beschäftigten, die ihre Rechte wahrnehmen wollen. Oder durch örtliche Aktivitäten für eine faire öffentliche Vergabe. Zum anderen können Kollegen, die im Betrieb aktiv sind, dazu ermutigt werden, auch Interessen gegenüber der Politik zu vertreten – als Mitglied einer „Mitmachgewerkschaft“ auch beim politischen Lobbying. Die Erfahrungen des politischen Schwerpunkts „Rente“ zeigen, dass genau hier unsere Stärke liegt: Überall in der Republik gibt es engagierte IG BAU-Kollegen, die gegenüber fast jedem Politiker einen enormen Kompetenzvorsprung haben: Sie wissen nämlich, wie die Realität in den Betrieben aussieht, und können genau sagen, was unfaire Arbeit im Betrieb und für die Arbeitnehmer bedeutet.